

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz  
Frau Judith Wyder  
Bundesrain 20  
CH-3003 Bern

14. September 2009

**Totalrevision der Pflegekinder- und der Adoptionsverordnung  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vorlage. Die EVP gesteht dem Entwurf zur Kinderbetreuungsverordnung den Willen zu, sowohl dem Kindeswohl wie der Qualitätssicherung das nötige Augenmerk zu schenken. Der Vorentwurf schiesst aber über das Ziel hinaus und kann so von der EVP nicht mitgetragen werden. Hingegen stimmt die EVP der revidierten Adoptionsverordnung weitgehend zu.

**Grundsätzliche Bemerkungen zur Kinderbetreuungsverordnung**

Die Verordnung zeugt von einer eigentlichen Regulierungswut und ist durchtränkt vom Geist, möglichst viel Erziehungsverantwortung an den Staat zu übertragen. Dies ist aus verschiedenen Gründen der falsche Weg. Haben die Eltern, welche eine Betreuungslösung für ihre Kinder suchen, nicht auch die Pflicht zu prüfen, wohin sie ihre Kinder geben? Kann eine Privatperson, ohne pädagogische Ausbildung, aber mit Erfahrung und Flair für die Kinder den Erziehungsauftrag nicht ebenso gut erfüllen? Braucht es dazu eine staatliche Bewilligung, wenn doch die Fähigkeit des Staates, die Erziehungskompetenz einer Person zu beurteilen, äusserst limitiert ist?

Die EVP begrüsst alle Bemühungen zum Schutz jener Kinder, die nicht in intakten und sozialkompetenten Familien aufwachsen. Schliesslich sind es nicht wenige Kinder, um die sich Vormundschaftsbehörden, Jugendsekretariate oder sogar Jugendanwaltschaften erst dann kümmern, wenn diese kindlichen Biographien schon am Entgleisen sind und die Kinder ihre berechtigten Chancen, gut betreut aufzuwachsen, verpasst haben.

Die EVP kann nachvollziehen, dass man aus dieser Sorge heraus eine Gesetzgebung zu schaffen versucht, die solche verantwortungslose Verhältnisse verhindert. Nicht akzeptieren kann die EVP jedoch, dass man alle Eltern diesem Generalverdacht aussetzt mit einer

*bevormundenden Verordnung, die von allen eine Lizenz zum Kinderhüten verlangt. Eine solche Verstaatlichung der Erziehung lehnt die EVP als Familienpartei ab. Es ist falsch, wenn funktionierende und von den Eltern selbst gewählte Betreuungsarrangements durchs Band vom Staat reglementiert werden.*

*Die Kontrolle des Staates ist dort berechtigt, wo es um kommerzielle Interessen oder offizielle Einrichtungen geht. Wenn das Betreuungsverhältnis umfassend ist, ist auch bei Tagesmüttern eine gewisse Überprüfung den Kindern zuliebe angebracht. Auch ist die Qualitätssicherung der Fremdbetreuung ein ebenso wichtiges Ziel, wie die Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern selber. Hier ist der Staat gefordert, aber nicht mit diesem Rundumschlag.*

*Schliesslich eine Anmerkung zum auch in dieser Vorlage um sich greifenden Professionalisierungswahn. Es handelt sich dabei um ein Schlagwort, das kaum mehr hinterfragt wird. Gegen eine angemessene Professionalisierung in Ämtern und offiziellen Einrichtungen und Institutionen ist sicher nichts einzuwenden. Es wäre aber äusserst schade, wenn jungen Menschen verwehrt würde, einen Beruf zu ergreifen für den sie begabt sind, nur weil sie die schulischen Vorleistungen nicht mit sich bringen.*

#### **Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln der Kinderbetreuungsverordnung**

##### **Art. 6: Bewilligungspflicht / Art. 8: Befreiung von der Bewilligungspflicht**

*Die Bewilligungspflicht für Tageseltern ist denkbar, sofern das Betreuungsverhältnis umfassend ist. Wenn jemand ein Kind regelmässig über 20 Stunden pro Woche betreut (das sind ungefähr zwei Tage pro Arbeits- oder Schulwoche), ist es richtig, wenn über die Rollenerwartungen nachgedacht worden ist und die Bedingungen für die Betreuung des Kindes geklärt worden sind.*

*Die Bewilligungspflicht darf aber nicht gelten für alle Verwandte. Es ist nicht einsichtig, weshalb Grosseltern ohne Bewilligung auskommen sollen, aber Verwandte oder Verschwägerte nicht. Die Vor- und Nachteile, bzw. die Probleme können die selben sein. Zudem: Warum soll der Staat eingreifen, wenn die Familie das Problem lösen kann? Verwandtschaft privilegieren ist keine Schande. Auch der regelmässige Ferienaufenthalt bei Götti oder Gotti darf kein Bewilligungsverfahren nach sich ziehen. Das schiesst weit übers Ziel hinaus.*

*Ebenfalls von der Bewilligungspflicht auszunehmen sind Pflegeeltern, die Kinder im Rahmen von Schüleraustauschprogrammen bei sich aufnehmen. Es wäre schade, wenn heute gut funktionierende und an den Mittelschulen verbreitete Programme durch neue Vorschriften verhindert würden. Wie wenig durchdacht und wie weltfremd die ganze Vorlage ist, zeigt sich an Artikel 58, welcher den internationalen Schüleraustausch schlicht verhindert.*

*Entsprechend muss Artikel 8 lauten:*

Keine Bewilligung ist erforderlich für:

- a. die Betreuung von Kindern durch verwandte oder verschwägte Personen;
- b. die Betreuung von Kindern durch Personen, zu denen das Kind eine besondere Beziehung hat;
- c. die Betreuung von Kindern im Rahmen von Schüleraustauschprogrammen;

- d. Rest unverändert.

**Art. 7: Nur verheiratete Paare als Pflegeeltern**

*Pflegeeltern sollen wie bei der Adoption nur verheiratete Paare werden können. Andere Lebensformen (Konkubinat, Einzelpersonen, eingetragene Partnerschaften) dürfen der Ehe nicht gleich gestellt werden. Das entspricht nicht dem Wohl des Kindes. Entsprechend muss Artikel 7 lauten:*

Eine Bewilligung beantragen kann:

- e. als Tageseltern: jede handlungsfähige natürliche Person, unabhängig von ihrem Zivilstand.
- f. als Pflegeeltern: verheiratete Paare.

**Art. 15ff: Bewilligung für Tageseltern / Art. 36: Weiterbildung**

*Die Erteilung einer Bewilligung für Tageseltern darf nicht an den Besuch eines Einführungskurses oder von Weiterbildungen geknüpft sein. Erziehungskompetenz kann nur sehr beschränkt in einem staatlichen Kurs vermittelt werden und ein behördlicher Einführungskurs bringt mit grossem Aufwand für die Betroffenen nur wenig Ertrag. Zudem ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig unklar, was in einem solchen Kurs vermittelt werden soll.*

*Zweitens muss das Bewilligungsverfahren einfach gehalten sein und darf nur formaler Natur sein. Es ist schon schwierig genug, eine Tagesmutter zu finden. Je mehr Vorschriften eingeführt werden, desto weniger Tageseltern sind bereit, eine solche Aufgabe zu übernehmen.*

*Entsprechend kann Artikel 36 gestrichen werden, zumindest was die Tageseltern anbelangt.*

**Art. 15: Anzahl Kinder / Art. 22: Anzahl Kinder**

*Die maximale Anzahl von Betreuungsplätzen ist zu tief angesetzt. Wenn eine Familie mit eigenen Kindern noch weitere Kinder betreut, ist die Anzahl von total fünf Kindern an der unteren Grenze. Bis sich Eltern für die Betreuung von weiteren Kindern entscheiden, haben sie meist mehr als ein Kind. Diese Zahl ist nur dann richtig, wenn die betreuten Kinder fünf Tage pro Woche von morgens bis abends betreut werden. Handelt es sich um betreute Schulkinder ist die Anzahl der betreuten Kinder in der heutigen Praxis oft höher, sind diese Kinder ja nicht den ganzen Tag über bei der Tagesfamilie. Das Maximum bündelt sich höchstens über Mittag und am späten Nachmittag. Dies gilt auch für die Pflegeeltern (Art. 22): Vier minderjährige Kinder zu betreuen, ist eine grosse Aufgabe, es ist jedoch zu bedenken, dass es auch heute noch Familien gibt, die selbst über dieses Mass hinaus Kinder haben. Ihnen wird zugetraut, dass sie für diese ebenfalls rund um die Uhr sorgen.*

**Art. 23e: Voraussetzungen der Bewilligung**

*Bescheidene wirtschaftliche Verhältnisse dürfen kein Hinderungsgrund sein für die Erteilung einer Bewilligung. Zudem bleibt unklar, was „gesicherte, wirtschaftliche Grundlage“ bedeutet und wie diese Voraussetzung überprüft wird. Es ist richtig, dass bei Pflegeverhältnissen auf Dauer Kinder nicht in verarmte Familien platziert werden. Gute Familienatmosphäre kann jedoch mit viel oder auch weniger Geld entstehen.*

**Art. 28h: Strafregistrauszug**

*Diese Bestimmung ist nicht praktikabel. Dass die Leiterin oder der Leiter einer Kindertagesstätte einen Strafregistrauszug im Gesuch beilegen ist u.U. möglich. Die Bewilligung wird jedoch vor der Anstellung von weiterem Fachpersonal vorhanden sein müssen, womit diese Belege wohl nicht eingereicht werden können. Betreuungspersonen in Heimen und Kindertagesstätten wechseln sehr schnell. Damit ist diese Bedingung für die Bewilligung schwierig. Man kann wie im pädagogischen Bereich sonst einen Strafregistrauszug bei der Bewerbung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangen.*

**Art. 34, Abs. 1e: Betreuungsvertrag (Titel fehlt im Entwurf)**

*Die EVP begrüsst es, dass im Betreuungsvertrag über die religiöse und kulturelle Erziehung der Kinder nachgedacht wird. So kann von Anfang an festgehalten werden, wie der Tagesablauf gestaltet wird und ein Tischgebet führt nicht nachträglich zu Problemen.*

**Art. 34, Abs. 2b: Anhang zum Betreuungsvertrag**

*Es ist nicht einsichtig, weshalb hier die Musiklehrerinnen aufgeführt werden und beispielsweise die Lehrkräfte oder die Sporttrainer nicht. Wahrscheinlich kann auf diese Bestimmung verzichtet werden und es kann den Vertragsparteien überlassen werden, welche Adressen sie austauschen wollen.*

**Art. 38: Übermittlung von statistischen Angaben**

*Die Übermittlung statistischer Angaben wird einmal mehr eine bürokratische Maschinerie in Betrieb setzen. Gleichwohl scheint es wichtig, einmal zu erfahren, wie viele Betreuungsplätze vorhanden sind, und wie viele Kinder tatsächlich betreut werden. Es wäre wichtig zu wissen, wo welche Betreuungsplätze vorhanden sind, um Platzierungen vorzunehmen. Im Moment ist im Bereich der Notplatzierungen jedes Mal ein grosses Gerenne, weil offenbar zu wenig bekannte Plätze vorhanden sind. Aber vielleicht wissen die platzierenden Personen einfach nicht über die Plätze Bescheid, gibt es ja auch Personen, die lange auf eine Betreuungsgelegenheit warten.*

**Art. 54: Aufsicht über Tages- und Pflegeeltern**

*Die Bestimmung, das Tages- und Pflegeeltern mindestens einmal pro Jahr kontrolliert werden müssen, ist völlig überrissen. Bei Pflegeeltern reicht das jährliche Gespräch mit der zuweisenden Behörde aus, bei Tageseltern genügen Stichproben.*

*Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.*

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier